Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. April 1909. | No. 26

Deutschlands Führerschaft

Gewaltig ist des Deutschen Reiches Fortschritt in den letzten Jahrzehnten gewesen. Gewaltig auf wirtschaftlich-industriellem und auf politischem Gebiet. Es scheint wahr werden zu wollen, daß das Zwanzigste Jahrhundert das Jahrhundert der Deutschen wird.

Um die drohende deutsche Führerschaft in Europa zu verhindern oder zu stürzen — wie man's nimmt —, begann man mit der „Einkreisungspolitik". Bündnisse und Verträge — wenn sie auch noch so unnatürlich waren — sollten Deutschland kalt stellen.

Dann kam die österreichisch-serbische Krise. Unverwandt hielt Deutschland zu seinem Bundesgenossen. Und das scharfe Schwert, das Deutschland in die Wagschale warf, löste die Krise zu Gunsten dieser Mächte. Es handelte sich im letzten Grunde nicht um das bischen Bosnien und Herzegowina, nicht um das kleine Serbien, der Kampf tobte zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf der einen und Rußland, Serbien, Frankreich, England auf der andern Seite. Und der Mittel-Europäische Bund gewann einen glänzenden Sieg.

Meisterhaft waren die Züge der deutschen Politik. Frankreich wurde zerrissen durch das Marokko-Abkommen befriedigt und damit kalt gestellt. Rußland, das bis dahin drohte, gab plötzlich auf der ganzen Linie nach. Damit war auch Großbritannien ausgeschaltet.

Wodurch wurde aber Rußland plötzlich zum Nachgeben bewogen?

Von London aus hieß es erst, durch Drohungen. Deutschland habe unmißverständlich erklärt, daß es sofort einige Armeekorps über die Ostgrenze werfen würde, wenn Rußland nicht nachgebe. Das schien verständlich, aber nicht sehr wahrscheinlich. Deutschland darf sich Rußland nicht zum Erbfeind machen. Wenn das Rußland von heute auch nicht stark ist, so kann es morgen doch wieder von ungeheurer Kraft sein. Es ist ja ein Volk von über 100 Millionen mit riesigen Hilfsquellen. Es ist glaublicher, daß Deutschland auf andere Weise seinen östlichen Nachbar zum Nachgeben brachte. Rußland und England sind Erbfeinde in Asien. Unversöhnliche, seit England durch die Japaner das russlewitische Reich zu Boden rangen und Rußlands ostasiatische Politik gestürzt hat. Sind Todfeinde seit dem Krimkrieg und dem Berliner Vertrag, der die Dardanellenstraße für russische Kriegsschiffe schloß. Die letztere Bestimmung war immer ein Dorn in Rußlands Seite, den es stets versucht hat, herauszubekommen.

Von London sickern jetzt Nachrichten durch, daß Deutschland seinem russischen Nachbarn und Freund versprochen, ihm in der Oeffnung der Dardanellen behilflich zu sein. Das wäre ein vereinter deutsch-russischer Schlag gegen England. Letzteres würde gezwungen, eine noch viel stärkere Flotte im Mittelländischen Meer zu unterhalten, um den Seeweg nach Ostindien zu sichern. Es könnte sich auf diese Weise eine deutsch-österreichisch-russische Konstellation bilden. Diese wäre sicher natürlicher wie die englisch-russische Entente. Auch Frankreich und Deutschland haben sich verständigt — und vielleicht nicht nur über Marokko.

Das mächtige Deutsche Reich hat wieder — oder besser: noch — die Führerschaft in Europa.

Auch in der großen Weltpolitik hat Deutschland jetzt mehr Erfolge wie früher. Preßnachrichten über ein vielleicht bald zustande kommendes deutsch-japanisches Bündnis mögen grundlos sein, sind aber ein Zeichen für die tüchtige deutsche Diplomatie. Vielleicht sind sie auch nur vertrübt und mag das Bündnis wirklich Ereignis werden. Japan steht scheinbar unter dem Eindruck, daß Großbritannien es vornehmlich für seine eigenen Zwecke gebraucht hat. England und die Ver. Staaten verlangen jetzt, daß Japan den von ihm eroberten Teil der Mandschurei an China zurückgeben soll. Die englische Politik blickt weit und zieht schon das aufwachende und sich modern bewaffnende China mit in seine Berechnung ein. Es hofft, Chinas Sympathien zu gewinnen resp. zu behalten, ohne Japans Bundesgenossenschaft zu verlieren. Japan, so denkt es, sollte mit Korea zufrieden sein.

Japan aber geht seine eigenen Wege. Was es mit dem Schwerte genommen, will es nicht zum zweiten Male wieder herausgeben. Japan wird sich vielleicht nach einem andern Bundesgenossen umsehen, wenn es sieht, daß England seiner Politik Steine in den Weg wirft. Diese Macht, auf die Japan blickt, mag Deutschland sein. Vielleicht Deutschland und Rußland. Denn diese drei Mächte haben gewaltige und schnell wachsende Interessen in Ostasien. Es mag sich auf diese Weise eine deutsch-russisch-japanische Kombination im Gegensatz zu einer englisch-amerikanisch-chinesischen bilden. Bekanntlich läuft der englisch-japanische Vertrag im Jahre 1915 ab, kann aber jederzeit von einer der beiden Mächte gekündigt werden. Wenn sich die Ereignisse, wie oben skizziert, abspielen werden, was durchaus im Rahmen der Möglichkeit liegt, so würde Großbritannien gezwungen sein, seine Kanal- und Heimatflotte zu schwächen, denn es müßte starke Seestreitkräfte im Pazifischen Ozean unterhalten, was jetzt nicht der Fall ist. Deutschland würde dadurch sehr in der Nordsee entlastet werden.

Daß man mit Möglichkeiten, wie hier angegeben, rechnet, zeigt schlagend die jüngste sog. „Flottenkrisis" im englischen Parlament. Daß das seegewaltige England, dessen Flotte die deutsche an Tonnengehalt mindestens um das Dreifache überlegen ist, scheinbar vor der deutschen Flotte bangt, daß die „deutsche Gefahr" und die „Invasion" ein englisches Schreckgespenst geworden sind — alles das sind Zeichen, daß man die rührige deutsche Diplomatie und Politik fürchtet.

Ob und wie weit die jetzt in der Türkei ausgebrochene Revolution als Faktor in der eventuellen Neukonstellation der Mächte mitspielen wird, muß die nahe Zukunft zeigen. Dort kämpft scheinbar die neue Zeit mit der alten. Die Jungtürken wollen sich die bereits gewonnenen größeren Freiheiten nicht wieder rauben lassen. Vielleicht sind auch außertürkische Einflüsse an der Arbeit, um einen europäischen Konflikt herbeizuführen, der in der österreichisch-serbischen Krise abgewendet wurde. Es wäre möglich, ja sehr wahrscheinlich, daß ein Balkankrieg eine Annäherung der mittel- und ost-europäischen Mächte im Keime ersticken würde. Möglich ist aber auch das Gegenteil. Wie die österreichisch-serbische Krise das deutsch-österreichische Bündnis festigte und ihm zum Siege auf der ganzen Linie verhalf, so könnte eine Balkankrise im großen Stil — wenn Rußland mit diesen beiden Mächten zusammengehen würde — der deutschen Politik sehr förderlich sein. Die Politik rechnet mit Möglichkeiten. Diese können aber jederzeit zu Wirklichkeiten werden.

Aus dem Dominion-Parlament.

Der Minister für Oeffentliche Arbeiten, Hon. Wm. Pugsley, war fast die ganze Woche die Zielscheibe für die Angriffe der Opposition. Eine beschworene Aussage, die im Wahlkampf in St. John, N. B., vom Premier der Provinz verlesen wurde und in welcher der Minister des Graftsbeschuldigt war, bildete die Angriffswaffe. Diese beschworene Aussage ist das sogenannte Mayes-Affidavit.

Der konservative Abgeordnete Daniels brachte die Sache vor das Parlament. Ihm wurde aber sofort von dem Präsidenten des Hauses bedeutet, daß Anschuldigungen gegen Mitglieder des Hauses nicht erlaubt seien. Der Abg. Daniel antwortete, er hätte gehofft, die Regierung selbst würde es als ihre Pflicht ansehen, die Sache gründlichst zu untersuchen. Er wies dabei auf einen anderen Fall in Verbindung mit der Grand Trunk hin, wo der Premierminister selbst eine Kommissions-Untersuchung angeordnet habe. Es hätte sich in jenem Fall nur um einen Brief, der Anschuldigungen enthielt, gehandelt. Hier sei aber mehr wie ein Brief, hier liege eine eidliche Aussage vor. Er nahm dann das Affidavit heraus und begann es vorzulesen. Dieses besagte, daß ein gewisser Mayes im September 1905 um die Gewährung eines Kontrakts nachsuchte, sich auf Anraten des damaligen General-Anwalts von New Brunswick, Pugsley, nach Ottawa begab und den Kontrakt auch erhielt. Ehe er weiter las, erklärte er, daß ein Irrtum in der Aussage vorliege. Anstatt Sept. 1905 sollte es 1905 heißen. Premier Hazen hätte beim Vorlesen desselben Mayes gefragt, ob es nicht 1905 heißen sollte, worauf dieser erklärte, daß das der Fall sei.

Hon. Pugsley erklärte, das Affidavit könne vorgelesen werden, er verwahre sich aber gegen jede Verleumdung seines Charakters. Er jedoch gegen jede Abänderung der Aussage und er stimme mit Hazen darüber überein, daß er sich keinerlei Verdächtigungen seines Charakters gefallen lasse. Wenn jemand eine Anklage gegen ihn machen wolle, so könne er es tun, der Betreffende müsse aber die Konsequenzen tragen.

Daniels wollte darauf das Affidavit zu Ende lesen, worauf der Präsident ihn „außer Ordnung" erklärte. Foster meinte, Daniels gebe ganz richtig vor, wenn er die eidliche Aussage erst vorlese und dann um eine parlamentarische Kommissions-Untersuchung einkomme. In dem Affidavit sei gesagt, „Herr Pugsley wolle Geld".

Bei dieser Bemerkung erhob sich der Minister und verlangte von Foster, die Worte zurückzunehmen. Foster weigerte sich aber, das zu tun. Daniels sagte, er verstehe den Minister nicht. Eine Untersuchung würde ihm doch volle Gelegenheit geben, seinen Charakter vor der zuständigen Behörde und dem Publikum reinzumachen. Wenn irgend jemand um eine Untersuchung einkommen sollte, so sei es Herr Pugsley. Das Affidavit, so bemerkte ein anderer Redner, verdächtige Herrn Pugsley als Mann und als Minister. Deswegen sei eine Untersuchung notwendig.

Nach vielem Hin- und Herreden erklärte der Präsident, daß es parlamentarische Regel sei, daß kein Mitglied des Hauses eine Beschuldigung gegen einen anderen aussprechen könne, ohne die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen.

Hon. Pugsley erklärte schließlich wieder, er hätte nichts dagegen, wenn das ursprüngliche Affidavit verlesen werde, er sei aber gegen das Verlesen des korrigierten Exemplars.

Der Präsident wies darauf hin, daß Pugsley zu jener Zeit kein Mitglied des Hauses gewesen sei. Die Sache gehöre also nicht vor das Parlament, sondern vor die Gerichte, worauf die Opposition ihm antwortete, daß es sich um einen Mißbrauch mit öffentlichen Geldern handle und daß etwas getan werden müsse, um das Geld wiederzubekommen oder die Schuldigen zu bestrafen. Foster trat wieder energisch für die Verlesung des korrigierten Affidavits ein. Als er von verschiedenen Seiten unterbrochen wurde und der Lärm größer und größer wurde, rief er aus: „Sind wir denn eigentlich im Parlament hier oder in einem Irrenhause? Ich überlasse die Sache dem Premierminister."

Sir Wilfrid Laurier versuchte die Geister zu beschwichtigen. Er meinte, man müsse dabei bleiben, daß kein Mitglied des Hauses etwas Ehrenrühriges über ein anderes Mitglied sagen dürfe, ohne die Verantwortung dafür zu übernehmen. Mit anderen Worten, wenn jemand eine Beschuldigung ausspreche, so müsse er die Anklage genau definieren. Er könne eine Untersuchung beantragen, aber er dürfe nicht vorher Anklagen schwerwiegender Art machen. Er bitte die Opposition doch, die Würde des Hauses zu wahren.

Worauf ihm von Dr. Sproule geantwortet wurde, daß man über die Würde des Hauses die Würde der einzelnen Mitglieder desselben nicht vergessen dürfe.

Am nächsten Tag verlas Daniels das Affidavit ganz und führte dabei aus, daß G. S. Mayes von St. John im Juni 1905 ein Angebot für Baggerarbeiten im St. Johns-Hafen einschickte zu 49 Cents per Kubikyard. Mayes wandte sich an Pugsley, der ihn an einen gewissen McAvity verwies, der einer der ersten liberalen Kampagneleiter in St. John war. Beide begaben sich nach Ottawa. Als Resultat dieser Reise machte Mayes ein Angebot von 55 Cents per Kubikyard, von welchen 5 Cents an McAvity gehen sollten. McAvity hätte nur einen politischen Anteil an der ganzen Sache gehabt und das ganze Uebereinkommen sei korrupt und niederträchtig. McAvity erhielt 35,933 Dollars von Mayes, die er auf ungesetzmäßige Weise bekommen habe. Das sei eine offenbare, schändliche Beraubung des Volkes. Herr Pugsley hätte 2000 Dollars bekommen und hätte erklärt, das seien Anwaltsgebühren gewesen. Mayes hätte aber erklärt, Pugsley hätte später, als er Minister für öffentliche Arbeiten war, die Bezahlung der Gelder an ihn (Mayes) zurückgehalten, bis er alle Gelder an McAvity bezahlt hatte. Wenn die Aussagen Mayes falsch seien, so hätte er einen Meineid begangen und sei straffällig.

Zum Schluß verlas Daniels eine Resolution, in der er verlangte, daß die 35,933 Dollars an das Schatzamt zurückgezahlt werden sollen und eine parlamentarische Kommissions-Untersuchung der ganzen Sache vorgenommen werden soll.

Darauf erhob sich Hon. Pugsley unter vielem Lärm. Er erklärte, daß das Datum des Affidavits geändert sei. Es sei offenbar eine beabsichtigte grobe Fälschung, um ihm Schaden zu tun. Es sei durchaus falsch, daß er sich geweigert habe, das Kontraktgeld an Mayes auszuzahlen, ehe Letzterer nicht mit McAvity im Reinen sei. Es sei weder männlich noch ehrlich, auf solche Weise den Charakter eines Gegners zu besudeln. Er habe, obgleich er gesagt, er wolle ihn nicht beschuldigen, angedeutet, daß der Premierminister seine (Pugsleys) Resignation annehmen müsse. Mayes' Angebot sei angenommen worden, weil es das bei weitem niedrigste gewesen sei. Wenn eine Untersuchung stattfinden solle, so müsse diese sich gegen Mayes richten, der das Geld erhalten habe, und nicht gegen McAvity. Er sei stets bereit gewesen, einem Angriff zu begegnen und sei das auch noch heute. Er hätte weder einen direkten noch einen indirekten Anteil an dem Kontrakt gehabt. Er wisse nichts von den Beziehungen zwischen Mayes und McAvity. Nur soviel wisse er, daß sie zusammen an dem Kontrakt beteiligt gewesen seien. Die Opposition möge die Berichte des Departements nachlesen. Sie würde dort nichts finden, das ein schlechtes Licht auf seinen Charakter werfe. Mayes hätte versucht, die Bestimmungen des Kontrakts für sich zu verbessern. Es sei ihm aber nicht gelungen und darum habe er versucht, ihn, Pugsley, zu besudeln. Er sei bereit, das sage er noch einmal, jedem Angriff zu begegnen und jede Beschuldigung zurückzuweisen. Wenn er Fehler gemacht hätte, so seien es Fehler des Kopfes, nicht des Herzens.

Kurz vor Mitternacht erhob sich Sir Wilfrid Laurier und trat für seinen Minister ein. Er führte aus, daß die ganze Sache das Machwerk eines „Budlers" sei, der sich an seinem Minister in gemeiner Weise rächen wolle. Herr Pugsley hätte die Anklagen alle glänzend zurückgewiesen. Er sei gegen die Resolution, weil sie ein Mißtrauensvotum enthalte gegen den Minister für öffentliche Arbeiten, „auf den er stolz sei, jetzt noch stolzer als je."

Herr Foster legte sich für Mayes ins Zeug. Der Mann, sagte er, hätte ebensoviel Kredit und Glauben wie der Minister Pugsley. Was das Irrtum im Datum anbetreffe, so könne solches leicht passieren. Herr Mayes habe aber den Irrtum sofort korrigiert, was seine Ehrlichkeit zeige. Warum habe Pugsley nicht den Premier von New Brunswick gerichtlich verfolgt? Wenn Mayes ein „Budler" sei, so sei McAvity ein noch zehnmal größerer „Budler". Die Regierung solle ihn zur Rechenschaft ziehen.

Eine vom General-Postmeister Lemieux eingebrachte Resolution zur Erhöhung der Gehälter der unteren Postbeamten wurde angenommen. Ungefähr 1500 Postbeamte werden davon betroffen.

Die Bill zur Einrichtung eines Regierungs-Departements für auswärtige Angelegenheiten ist im Parlament eingereicht worden und passierte ihre erste Lesung ohne weitere Debatten.

Neben dem Mayes Affidavit-Fall wird Hon. Pugsley noch einen Kampf zu bestehen haben, der vielleicht noch viel schärfer ausfallen wird, als dieser. Wie schon in letzter Nummer berichtet, hat die sog. Landry Central Railway Kommission den Lieutenant Governor Tweedie von New Brunswick und den Minister Pugsley beschuldigt, große Summen veruntreut zu haben. Man vermutet, daß die Hazen-Regierung von New Brunswick dem Lieutenant Governor Tweedie einen Tadel aussprechen wird. Wahrscheinlich wird Letzterer dann resignieren oder entlassen werden. Sollte das eintreten, so glaubt man nicht, daß Hon. Pugsley im Amt bleiben kann.

Am Dienstag sollte das Budget eingebracht werden. Auf beiden Seiten des Hauses ist man der Ansicht, daß am 21. Mai die Vertagung des Parlaments eintreten kann.

— Daß die Bevölkerung Canadas eine gemischte ist, geht aus folgenden Zahlen hervor: Laut des Census vom Jahre 1901 wohnten in den Seeprovinzen 45,000 Menschen von deutscher und 125,000 von französischer Abkunft. Zur selben Zeit befanden sich in Ontario fast 200,000 Personen von deutscher und 160,000 von französischer Abkunft.

Während der mit 1906 endigenden 15 Jahre ließen sich nicht weniger als 8000 Einwanderer aus Deutschland, 9000 aus Norwegen und Schweden, 25,000 aus Rußland, 53,000 aus Oesterreich-Ungarn und 71,000 aus den Ver. Staaten auf Farmen im canadischen Westen nieder. Auch die Städte in Ontario und dem Westen haben aus denselben Quellen ungeheuren Zufluß erhalten. Nebst allen diesen verschiedenen Nationalitäten haben wir noch 1,500,000 Franko-Canadier in der Provinz Quebec.

Alle diese verschiedenen Elemente können durch eine canadische Politik vereinigt werden, so daß sie zur Entwicklung Canadas beitragen. Können wir jedoch erwarten, sie durch eine Politik zu vereinigen, durch welche die Dominion in europäische Zwistigkeiten verwickelt werden könnte?

(Berl. Journal.)

Obigem fügen wir noch hinzu, daß im Westen, in Manitoba, Saskatchewan, Alberta und Britisch Columbien von 100,000 bis 150,000 Deutsche aus aller Herren Länder wohnen. Damit kommt die deutsche Bevölkerung (im weitesten Sinne des Wortes) Canadas auf 350,000 bis 400,000 Seelen, oder ungefähr 5 bis 8 pro Hundert.

Deutscher des Totschlags beschuldigt.

Von Stony Plain, Alberta, kommt die Nachricht, daß der Deutsche Gustav Zucht, der Sohn des Joseph Zucht dortselbst, einen Mann namens Fred. Inglis im Streit mit einem Hammer auf den Kopf schlug und ihn schwer verletzte. Wie es scheint, waren Inglis und Zucht sen. in Streit geraten, der in arge Tätlichkeiten ausartete. Der junge Zucht sprang seinem Vater bei und schlug, wie uns mitgeteilt wird, mit dem Hammer auf Inglis ein. Er wurde vom Friedensrichter mit 45 Dollars Strafe wegen Körperverletzung bestraft.

Damit aber war die Sache leider nicht zu Ende. Inglis wurde schwer verletzt ins Hospital gebracht und verstarb dort nach einiger Zeit an der erlittenen Kopfwunde.

Gustav Zucht hatte sich währenddessen davongemacht, wurde aber schon in Calgary von ihm nachgeschickten Detektivbeamten verhaftet.

Dem Redakteur des Courier ist Gustav Zucht bekannt und machte er auf ihn stets den Eindruck eines gutmütigen und ruhigen jungen Mannes. Daß er sich soweit vergreifen konnte und mit einem Hammer auf einen Menschen losschlagen, ist uns unbegreiflich und hoffen wir, daß es sich um einen Akt der Notwehr handelte.

Mord im Zuchthaus zu Edmonton.

Am Donnerstag erschlug ein zu lebenslänglicher Strafe verurteilter Verbrecher im Zuchthaus zu Edmonton, Alta., den Hilfs-Direktor R. Stedtman. Der Mörder ist ein gewisser Barrett, der im Anfang des Jahres 1908 in Battleford seinen Stiefsohn erschoß. Er wurde damals zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Man sagt, daß, da Barret ein Freimaurer hohen Grades war, seine Logenbrüder seinerzeit durch eine Petition den Justizminister beeinflußten, die Todesstrafe zu lebenslänglichem Zuchthaus umzuwandeln.

Der jetzige, also zweite Mord des Scheusals wurde in der Zimmermanns-Werkstatte ausgeführt. Es waren im Ganzen vier Sträflinge in der Werkstatt unter Aufsicht des Inspektors Pope. Stedtman kam aus dem Bureau des Direktors und trat in die Werkstatt, wo er auf den Inspektor zuging. Er lehnte sich über die Hobelbank und begann mit Letzterem zu sprechen. Barrett schlich sich um die Bank herum in den Rücken Stedtman's und, ehe die anderen Sträflinge Zeit hatten, ihn zu hindern, versetzte er ihm mit einem Beil einen fürchterlichen Hieb in den Nacken. Der 60jährige Stedtman wurde schnell ins Hospital gebracht, starb aber schon nach einigen Minuten.

Ohne einen Fluchtversuch zu machen, übergab sich der jetzt zweifache Mörder der Wache und wird jetzt wohl bald seine Tat mit dem Tode sühnen. Hätte man gleich der Gerechtigkeit seinen Lauf gelassen, so wäre der jetzt Ermordete heute noch am Leben. Gnade walten zu lassen ist also manchmal gefährlich.

Provinziales.

Noch immer in Dunkel gehüllt.

Der Vergiftungsfall in Moose Jaw ist noch immer in undurchdringliches Dunkel gehüllt. So viel scheint jetzt allerdings sicher zu sein, daß es sich nicht um einen Unfall oder einen Selbstmord, sondern um einen wohlüberlegten Mord handelt.

Die Coroners Jury brachte am Montag folgendes Verdikt ein: „Wir sind der einstimmigen Ueberzeugung, daß Frau A. J. Kent durch Strychnin-Vergiftung zu Tode kam, welches Gift ihr von einer der Jury unbekannten Person mit der Absicht, sie zu töten, gegeben oder übersandt wurde."

Die Annahme, daß die Vergiftete sich selbst umgebracht habe, wurde von allen Zeugen als ganz unhaltbar angesehen, da Herr und Frau Kent ein glückliches Familienleben führten und die Verstorbene an dem Unglückstage in bester Stimmung war.

Eine weitere Theorie war die, daß die Tote, da sie schwanger war, Drogen eingenommen habe, um eine Fehlgeburt herbeizuführen. Die Verstorbene hatte schon vor über einem Jahr eine Fehlgeburt und man hatte gemunkelt, sie hätte keine Kinder gewollt. Kent bestritt dies und bezeugte, daß seine Frau sich sehr gefreut habe, bald Mutter zu werden.

Undurchdringliches Dunkel umgiebt noch immer die Telephonbotschaft, die Frau Kent empfing und dahin lautete, daß „die Medizin geschickt sei und diese ihr gut tun würde". Die Person am Telephon war offenbar eine Frau und nannte sich Frau oder Frl. Gradson. Letztere sagten aus, daß sie gar kein Telephon im Hause hätten und bestritten aufs entschiedenste, an die Tote telephoniert oder ihr Medizin geschickt zu haben. Diese Aussage gewinnt an Wahrscheinlichkeit, da Frau Kent selbst sagte, als sie die Telephonbotschaft erhielt, „Die Stimme klingt ganz anders wie Frau Gradson, das ist sonderbar."

Man hat nicht den geringsten Anhaltspunkt, wer diese mysteriöse Person am Telephon war, auch weiß man nicht, wer die Unglücksmedizin abliefere. Die Polizei erklärte, sie hätte keinerlei Anhaltspunkte. Man tappt also noch völlig im Dunkeln, in das hoffentlich bald Licht kommt.

— Am 19. April früh Morgens zwischen 2 und 3 Uhr wurden die Bewohner Rosthern's durch die Feuerglocke aus dem Schlafe gerüttelt. Henschell & Co.'s Geschäftshaus stand in Flammen. Das Feuer entstand auf unerklärliche Weise; seit dem Samstag wurde kein Feuer im Ofen angezündet, auch befanden sich die Zündhölzer in einem ganz anderen Raume. Dem energischen Eingreifen der Feuerwehr und der tätigen Mithülfe der Bürger ist es zu verdanken, daß das verheerende Element nach hartem Kampfe auf das eine Gebäude beschränkt werden konnte, trotzdem es mit einem anderen baulich verbunden war. Die Nachbarn erlitten zwar durch schleuniges Ausräumen der Häuser etwas Schaden, doch blieben schließlich ihre Wohnungen verschont. Der Verlust beträgt $16,000, welcher nur zur Hälfte durch Versicherung gedeckt ist.

— In Saskatoon wurde ein gewisser John Bennid, der sich eine kleine Handtasche lieh und sie, als er die Stadt verließ, mitgehen hieß, zu 60 Tagen verurteilt. Wird ihm eine teure Handtasche.

— Die Aerzte, die die Totenschau des bei Milestone umgekommenen und verbrannten Morris hielten, haben das Verdikt eingebracht, daß Morris durch Hiebe auf den Kopf mit einem stumpfen Instrument ermordet wurde. Das Departement des General-Anwalts hat den Fall in Händen.

— Letzte Woche verurteilte Richter Newlands einen gewissen Amadeo Letrault in Battleford zum Tode wegen Mordes, begangen an Frank Madon, den er seinerzeit im Streit mit einem Schlachtermesser erstochen hatte. Die Hinrichtung ist auf den 17. Juni festgesetzt.

An unsere Leser und Korrespondenten.

Da wir in zwei Wochen eine besondere Einwanderungs-Nummer des „Courier" in größerer Auflage wie gewöhnlich herausgeben werden, möchten wir hiermit unsere Leser und vor allem unsere regelmäßigen Korrespondenten bitten, uns hübsche und ausführliche Beschreibungen deutscher Kolonien und Ansiedlungen Saskatchewans zukommen zu lassen. Wir nennen diese Ausgabe „Einwanderungs-Nummer", weil sie besonders dazu dienen soll, die deutsche Einwanderung von drüben und den Ver. Staaten nach Saskatchewan zu fördern. Zu diesem Zweck wird sie in größerer Auflage gedruckt und nach Deutschland, Oesterreich-Ungarn u. s. w. verschickt.

Jeder gute Deutsche dieser Provinz hat natürlich ein Interesse daran, daß möglichst viele Deutsche nach hier kommen. Je mehr tüchtige Deutsche ins Land kommen, desto besser fühlen wir uns hier, desto mehr steigt unser Ansehen als Gesamtheit, desto schneller werden unsere großen Präriegefilde besiedelt und in blühende Farmanwesen umgewandelt. Wie allenthalben hat sich auch hier der fleißige, ruhige und im Ackerbau besonders tüchtige Deutsche glänzend bewährt.

Um unseren Landsleuten drüben, die vielleicht Lust hätten, nach hier auszuwandern, Gelegenheit zu geben, einen guten Einblick in hiesige Verhältnisse zu bekommen, um ihnen zu zeigen, daß viele Deutsche hier wohnen und wie sie hier leben, würden wir es vor allem gerne sehen, wenn unsere Korrespondenten selbst die deutschen Siedelungen beschreiben. Man kann da Angaben machen über die Lage, das Alter und die Größe der Kolonien oder Ansiedelungen, über Verkehrsverhältnisse, über Ernte-Erträge, Kirchen, Schulen, über den Fortschritt, den die Leute im allgemeinen gemacht haben und über die Aussichten für die Zukunft. Kurz, über alles, was Leute, die vielleicht ihr Vaterland verlassen wollen, um sich irgendwo sonst eine neue Heimat zu gründen, interessieren kann.

Man versehe alle Einsendungen für diese am 5. Mai erscheinende Ausgabe mit dem Vermerk: „Spezial-Nummer." Alle Manuskripte sollen sobald als möglich eingeschickt werden, wenn möglich noch vor dem 28. April.

Saskatchewan Courier Publ. Co.

Zur Revolution in der Türkei.

Wir bringen in Folgendem die bis jetzt eingelaufenen wichtigsten Nachrichten über die in der Türkei ausgebrochene Revolution.

Der Belgrader Korrespondent des Berliner Lokal-Anzeiger meldet, der dortige türkische Gesandte habe, wie berichtet werde, eine Depesche erhalten, daß das Pera- und das Galata-Viertel von Konstantinopel bombardiert und 2000 Personen getötet seien.

Eine Spezial-Depesche an das nämliche Blatt aus Nitowatz meldet, daß nach einer dortigen Riesenversammlung die Jungtürken dem Sultan telegraphierten: „Wir marschieren auf Konstantinopel, um die Verfassung zu retten, welche Sie abzuschaffen versuchen."

Den im Umlauf befindlichen Gerüchten, daß eine gemeinsame Flottendemonstration der Mächte vor Konstantinopel erfolgen werde, wird von deutscher offiziöser Seite entgegengetreten. Es wird erklärt, daß an maßgebender Stelle von den Absichten irgendwelcher Großmacht, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Wirren in der Türkei einen derartigen Schritt zu tun, nichts bekannt sei.

Die deutsche Regierung hegt zwar keine Befürchtungen betreffs der Sicherheit der Deutschen in Konstantinopel, doch hat sie bei der ersten Meldung von dort ausgebrochenen Unruhen unverweilt Sorge für den Schutz der Reichsangehörigen getragen. Das Spezialschiff „Loreley", das Stationsschiff der deutschen Marine in Konstantinopel, hat Befehl empfangen, sich im Hafen bereit zu halten, um etwaige Flüchtlinge aufzunehmen und allen Eventualitäten gegenüber auf der Hut zu sein.

Das Vorgehen der Regierung wird allgemein als ein sehr weiser Akt der Vorsicht erachtet, da die türkische Situation im Augenblick nicht geklärt genug erscheint, um sich irgendwelcher Sorglosigkeit hingeben zu können.

Die im Ausland verbreiteten Meldungen, daß Rußland eine Flottendemonstration in türkischen Gewässern beabsichtige, wurde autoritativ dementiert. Die augenblickliche Situation in Konstantinopel offiziert russische Interessen nicht.

Truppen von Adrianopel und Saloniki sind auf der Fahrt nach Konstantinopel begriffen. Diese Meldung kommt von dem Korrespondenten der Frankfurter Zeitung in Konstantinopel. Am Samstag Morgen um drei Uhr kamen Züge mit 2500 Soldaten aus Saloniki und Adrianopel in Tchataldja, 25 Meilen westlich von Konstantinopel, an. Die Leute verließen die Züge in Ordnung und besetzten die Festungswerke. Ein Artillerieregiment in Tchataldja verhielt sich passiv. Die aus 1200 Mann bestehende Garnison von Hadoumkeni, einem Vorwerk von Tchataldja stieß zu den Saloniki-Regimentern. Die Bahnen zwischen Saloniki und Feredjik ist für den allgemeinen Verkehr geschlossen infolge des Truppentransportes von Saloniki.

Enver Beg, einer der Hauptorganisatoren der jungtürkischen Revolution, ist in Saloniki eingetroffen, und hat seine Freunde versichert, daß die Bemühungen zur Erhaltung der Verfassung schließlich den Sieg davontragen würden. Es ist deutlich zu sehen, daß das Komite eifrig an der Arbeit ist, und die nächsten Stunden werden vielleicht zeigen, ob das Komite im Stande ist, eine nennenswerte militärische Bewegung einzuleiten. Nach Berichten aus Belgrad haben die Jungtürken in den mazedonischen Vilajets noch immer 60,000 Mann Truppen zur Verfügung.

Einstweilen scheint es, daß die Großmächte Vorbereitungen treffen, Schiffe zu entsenden, falls es zu einem Bürgerkrieg kommen sollte.

Die Unglücksfälle durch wilde Kugeln während des Aufstandes am Dienstag und Mittwoch waren viel schwerer, als man ursprünglich annahm. Viele der Verwundeten wurden durch Freunde fortgeschafft, wie sich aber jetzt herausstellt, wurden außer den Dutzend Getöteten auch noch über 500 schwer verwundet.

Es herrscht im allgemeinen kein Zweifel, daß der Sultan von dem bevorstehenden Angriff auf das jungtürkische Komite wußte, aber man glaubt andererseits, daß er klug genug war, die meuternden Soldaten nicht zu ermutigen.

Ein Manifest, das von dem Komite der Ulemas am Donnerstag erlassen wurde, und in welchem die Bewegung der letzten Tage als durchaus nicht gegen die konstitutionelle Regierung erklärt wird, hat auf die öffentliche Meinung einen vorzüglichen Eindruck gemacht.

Der bulgarische Premier-Minister Manilloff erklärte formell, daß Bulgarien eine korrekte und friedliche Haltung der Türkei gegenüber beobachten werde, solange seine eigene Sicherheit nicht gefährdet sei.

— Das österreichische Ministerium des Auswärtigen beabsichtigt, nicht gegen die Türkei einzuschreiten, solange die österreichischen Untertanen dort nicht in Gefahr sind.

Eine Depesche an die Wiener Neue Freie Presse aus Saloniki meldet, daß die Jungtürken dem dritten Armeekorps in Adrianopel Befehl gaben, auf Konstantinopel zu marschieren, daß jedoch die Offiziere erklärten, daß dies nicht geschehen könne, da die Truppen unsicher seien. Dieselbe Depesche berichtet, daß die Jungtürken in Kleinasien die Absicht kundgegeben haben, die Landung der von der Regierung nach Konstantinopel befohlenen Truppen zu verhindern.

Der Korrespondent der „Zeit" berichtet aus Uesküeb, daß die Albanesen sich erhoben und die türkischen Truppen in Ochrida und Petsch geschlagen hätten. Die Bevölkerung dieser beiden Städte, je zwischen zehn- und zwölftausend, setzt sich hauptsächlich aus muhammedanischen Slaven zusammen.

Falls in der Türkei Bürgerkrieg ausbrechen oder sonst die Sicherheit der Europäer ernstlich gefährdet werden sollte, werden von Malta aus Kriegsschiffe nach den türkischen Gewässern entsandt. Das Schlachtschiff „Ozean" ist zur Abfahrt bereit, und andere werden bereit gemacht. Doch handelt es sich bis jetzt nur um Vorsichtsmaßregeln.

Um für alle Fälle die Sicherheit und die Interessen französischer Untertanen in der Türkei wirksam beschützen zu können, hat die französische Regierung zwei Kreuzer von Toulon nach dem Piraeus beordert.